

Formblatt

Anschrift des Trägers öffentlicher Belange

Landesbetrieb Forst Brandenburg
Forstamt Potsdam-Mittelmark
Waldfrieden 11
14806 Bad Belzig

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren und vergleichbaren Satzungsverfahren (§ 4 BauGB)

Vorbemerkung

Mit der Beteiligung wird den Trägern öffentlicher Belange die Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu einem konkreten Planverfahren gegeben. Zweck der Stellungnahme ist es, der Gemeinde die notwendigen Informationen für ein sachgerechtes Planungsergebnis zu verschaffen. Die Stellungnahme ist zu begründen, die Rechtsgrundlagen sind anzugeben, damit die Gemeinde den Inhalt nachvollziehen kann.

Leerzeilen bitte ausfüllen, Zutreffendes ankreuzen ☒

Stadt/Gemeinde/Amt

☐ Flächennutzungsplan

☒ Bebauungsplan Ortsteil Rietz

BB Plan „Sondergebiet Photovoltaikanlage beiderseits der Kreisstraße 6949“ Vorentwurf Fassung vom August 2023

☐ vorhabenbezogener Bebauungsplan

☐ sonstige Satzung
Frist für die Stellungnahme (§ 4 Absatz 2, § 4a Absatz 3 BauGB):

26.1.2024

.....

.....
Datum, Unterschrift

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange

Forstamt Potsdam-Mittelmark als untere Forstbehörde

.....

☐ Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung.

1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

a) Einwendung:

Grundsätzlich darf Wald nicht für Photovoltaikanlagen umgewandelt werden!
Laut Vorentwurf sind 13,45 ha als Waldfläche im Bebauungsplan einbezogen. Laut DSW sind hierbei in den Forstabteilungen 2625,2626 und 2627 mit 10,61 ha Waldfläche betroffen. In der Gemarkung Rietz in der Flur 1 sind die Flurstücke 74, 76/1, 76/2, 76/3, 133, 144, 316, 318, 326 und 328 jeweils anteilig beteiligt.

b) Rechtsgrundlage:

Waldgesetz des Landes Brandenburg (LWaldG) vom 20. April 2004 (GVBl. I/04, [Nr. 6], S.137) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 30. April 2019 (GVBl. Nr. 15) in der jeweils gültigen Fassung

c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anforderungen oder der Überwindung (z.B. Ausnahmen oder Befreiungen):

Wenn die Waldflächen im Bebauungsplan auch als Wald dargestellt werden und weiterhin als Wald bewirtschaftet werden, bestehen keine weiteren Einwände. Gleichzeitig gilt dies für die vorgeschlagenen und zwingend einzuhaltenden Abstände zwischen den Bauten und den Waldflächen. Es wird empfohlen den Abstand mit dem Doppelten der zu erwartenden Baumhöhe aus Gründen der Verkehrssicherheit zu veranschlagen.

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:

b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen:

b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

4. Weitergehende Hinweise

☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens:

☐ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:

Im Impressum auf Seite 2 des Bebauungsplanes wird u.a. in der Teilfläche IV das Flurstück 73/3 für den Geltungsbereich ausgewiesen. Im Textteil wird dann richtigerweise das Flurstück 76/3 bezeichnet. Hier bedarf es einer Korrektur im Impressum.

12.1.2024

Karin Heintz

Stellvertr. Leiterin (m.d.W.d.A.b.)



Datum, Unterschrift